

«Wir reden der Regierung doch nicht nach dem Mund»

Vor einem Jahr machte Ringier-CEO Marc Walder öffentlich eine Aussage, die ihn nun eingeholt hat

Herr Walder, Sie haben an einem Business-Talk gesagt, Sie hätten die Redaktionen des Ringier-Konzerns dazu angehalten, die Massnahmenpolitik der «Regierung» zu stützen. Wie ist diese Äusserung zu verstehen? Als Aufforderung? Als Befehl? Als Bitte?

Ich beantworte Ihre Frage gleich. Darf ich erst etwas zur Einordnung meiner Aussage sagen?

Bitte.

Ringier hat sehr früh eine klare Haltung im Umgang mit der Pandemie entwickelt. Wir haben jedem unserer 3000 Mitarbeiter eine Schachtel mit Masken geschenkt, als diese noch Mangelware waren. Wir waren eines der ersten Unternehmen der Schweiz, die ins Home-Office gingen. Wir haben sehr früh 3 G und Anfang Dezember 2021 als Erste 2 G eingeführt. Unsere klare Haltung war: Covid ist nicht einfach eine Grippe. Wir befolgen und stützen Massnahmen wie Distanzhalten, Maskentragen, Testen, Impfen, Boostern sowie die Einführung von 2 G und 3 G proaktiv.

Und diese Haltung haben Sie auch den Redaktionen Ihres Konzerns verordnet? Nein. Die Besitzer-Familie, der Verwaltungsrat, das Management und die Redaktionen waren und sind sich seit Beginn der Pandemie bei diesen fundamental wichtigen Punkten einig. Dieser Dialog zwischen dem Management und den Redaktionen – sei es bei einem Kaffee oder bei einem Abendessen – war stets wichtiger Teil der Kultur in diesem Unternehmen. In unserem Code of Conduct wiederum steht klar, dass die Redaktionen erstens die Hoheit über die Berichterstattung haben und zweitens auch die publizistische Verantwortung dafür tragen.

Ringier besitzt Medienhäuser in Ländern, deren Massnahmenpolitik nicht halb so freiheitlich orientiert ist wie die der Schweiz, etwa in Ungarn. Will Ringier auch solche Regierungen unterstützen?

Diese Aussage war missverständlich formuliert. Das war ein Fehler. Die Redaktionen von Ringier stützen sinnvolle und wichtige Massnahmen wie Maskentragen, Testen und Impfen.

Sie wussten offenbar, wie brisant Ihre Aussagen sind. Sie baten die Zuhörer darum, dass Ihre Ausführungen «im kleinen Kreis» blieben.

Der Ausschnitt aus dem Video, das seit einigen Tagen zirkuliert, hat zu Missinterpretationen geführt, was ich ver-



«Der Ausschnitt aus dem Video, das seit einigen Tagen zirkuliert, hat zu Missinterpretationen geführt», sagt Marc Walder.

GIAN MARCO CASTELBERG / RINGIER

Nein, natürlich nicht. Doch angesichts der absolut aussergewöhnlichen Lage, in der wir uns wegen Corona befinden, sollte sich ein Medienhaus an übergeordneten Werten orientieren dürfen. Das ist ein altmodischer Begriff, ich weiss, aber ein wichtiger.

Die Medien haben als vierte Gewalt die Aufgabe, auch Regierungsentscheide kritisch zu hinterfragen. Wie glaubwürdig sind Medien, die der Regierung nach dem Mund reden?

Wir reden der Regierung doch nicht nach dem Mund. Die Blick-Gruppe hat immer wieder fundamental kritische Artikel über die Pandemiepolitik des Bundesrats publiziert. Ich selbst habe – was eher selten vorkommt – die Landesregierung in zwei Leitartikeln harsch kritisiert. Im ersten ging es um die Versäumnisse bei der Digitalisierung, im zweiten um zu frühe Öffnungsschritte.

Freie Medien können ihre Aufgabe nur wahrnehmen, wenn sie redaktionell unabhängig sind. Einer Zeitung, die immer positiv über die Regierung berichtet, glaubt man irgendwann nicht mehr – auch wenn es tatsächlich Positives zu vermelden gibt. Natürlich. Doch lassen Sie mich erwähnen, dass der Initiator dieser Debatte der Geschäftsführer eines Abstimmungskomitees gegen das Medienpaket ist. Man tut nun so, als ob die Blick-Gruppe nie kritisch über die Massnahmenpolitik geschrieben hätte.

Der Verfasser des Artikels ist der ehemalige «Weltwoche»-Journalist und heutige Kommunikationsspezialist Philipp Gut. Mit Ihrer Aussage machen Sie das, was seit der Pandemie gerade auf sozialen Netzwerken immer häufiger passiert: Sie stellen die Objektivität und den Wahrheitsgehalt eines Artikels infrage, weil Ihnen der Absender suspekt ist. Das ist eine gefährliche Tendenz.

«Angesichts der absolut aussergewöhnlichen Lage, in der wir uns wegen Corona befinden, sollte sich ein Medienhaus an übergeordneten Werten orientieren dürfen.»

Ich bin einverstanden mit Ihrer Analyse. Diese Tendenz ist bedenklich. Ich wollte mit meinem Hinweis auf die Autorenschaft lediglich zur Transparenz beitragen.

Im Video kritisieren Sie auch die deutsche «Bild»-Zeitung für deren harte Kritik am Kurs der deutschen Regierung. Sie stellen die Berichterstattung in einen Zusammenhang mit ausgearteten Demonstrationen von Massnahmengegnern. Sollen Medien über Vorgänge, die zwar verstörend, aber relevant sind, nicht mehr berichten?

Für diese unglückliche Aussage gegenüber «Bild» möchte ich mich entschuldigen. Und: Natürlich sollen Medien berichten.

Apropos Transparenz: Gerade der «Blick» ist sehr nah an Alain Berset. Die Redaktion kannte das Ausmass der beschlossenen Massnahmen meistens zuerst. Können Sie ausschliessen, dass dieser Informationsvorsprung auf die regierungsfreundliche Berichterstattung zurückzuführen ist?

Ich kann mir kaum vorstellen, dass der «Blick» einen bevorzugten Zugang zu Informationen aus dem Departement des Innern hat oder zu Informationen eines anderen Departementes. Dass es immer wieder zu Indiskretionen kommt, von denen die Medien profitieren, ist aber nichts Neues.

Eine der ersten Personen, die sich in Ihrem neuen Magazin «Interview by Ringier» ausführlich äussern, ist Gesundheitsminister Alain Berset. Nach betont kritischer Distanz klingt das nicht. Das Gespräch mit Bundesrat Alain Berset war nur eines von vielen Bundesratsinterviews. Bei 20 Medienmarken sind Bundesrätinnen und Bundesräte selbstredend immer wieder Teil der Berichterstattung. Am Wochenende hat sich beispielsweise der neue Bundespräsident, Ignazio Cassis, im «Sonntags-Blick» in einem grossen Interview geäussert.

Ringier gehört zu den grossen Profiteuren des Medienpakets, das der Verlag befürwortet. Was sagen Sie zu den Vorwürfen, die journalistische Zurückhaltung sei auch der bevorstehenden Abstimmung geschuldet?

Erstens: Der Ringier-Konzern ist kein grosser Profiteur. Wir würden zwischen 5 und 8 Millionen Franken erhalten, das ist im Verhältnis zur Grösse des Konzerns kein substanzieller Beitrag. Das Medienpaket ist vor allem für kleinere Verlage existenziell. Davon bin ich überzeugt. Zweitens: Der Vorwurf, dass Medien schrieben, was Bern wolle, ist nicht nachvollziehbar. Bern ist ja kein konsolidierter Block, sondern ein Gefüge aus Vertretern der SP, der Grünen, der Mitte, der FDP und der SVP. Der Schweizer Bundesrat wiederum ist eine Multi-Parteien-Regierung.

In den sozialen Netzwerken haben Ihre Aussagen zu zweierlei Reaktionen geführt: Massnahmenkritische Menschen sehen sich in ihrem Verdacht bestätigt, dass es eine «Systempresse» gibt. Massnahmenbefürworter finden Ihre Haltung «eigentlich noch gut». Passiert hier nicht gerade das, was Sie verhindern wollten? Eine Spaltung mit zwei Wahrheiten?

Das ist ein bedenkenwerter Einwand. Es war mir von Anfang an ein grosses Anliegen, etwas gegen diese drohende Spaltung der Gesellschaft beizutragen. Ich habe zu Beginn der Pandemie oft den Vorwurf gehört: Ihr berichtet viel zu alarmistisch, Covid ist doch nicht schlimmer als eine Grippe. Das war heftig, glauben Sie mir. Auch wegen dieser Kritik haben wir uns für eine möglichst faktenbasierte Berichterstattung entschieden: Fakten zu Infektionszahlen, Hospitalisierungen, Todesfällen, Impfungen. Sollten Ihre Bedenken zutreffen, würde ich das sehr bedauern.

Interview: Christina Neuhaus

Typologisierung der Hardcore-Massnahmen

Auffrischungsgedanken nach zwei Jahren Pandemie

DAVID BINER

■ **Der Lockdown:** Der böse Onkel aller Massnahmen. Wenn er kommt, ist Ruhe. Zudem ist er vielseitig einsetzbar: Beizen-Lockdown, Schul-Lockdown, weicher und harter Lockdown, Mini-Lockdown, in Deutschland gab es sogar einen Wellenbrecher-Lockdown. Der Lockdown ist die einfachste Massnahme. Wer das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben abwürgt, bricht automatisch die Infektionsketten. Der Nachteil: Lockdowns sind teuer und schlecht fürs Gemüt. Zudem kommt man viel leichter rein als wieder raus. Der Bundesrat reagierte mit Lockdowns auf die ersten beiden Viruswellen. Seither schwirrt die Massnahme als Ultima-Ratio-Schreckgespenst durch die Medien.

■ **Die Ausgangssperre:** Oder: Wenn der böse Onkel plötzlich ganz nett erscheint. Es ist wohl der einschneidendste Eingriff des Staates in die Privatsphäre, wenn er die Bürger in ebendieser einsperrt. Die Massnahme wurde auch schon im Bundesrat diskutiert, aber nie umgesetzt. Dafür dient sie bis heute als Kontrast für die eigene Corona-Politik. Der Gesundheitsminister Alain Berset betont immer wieder, dass die Schweiz nie so weit gegangen sei wie die umliegenden Länder. Schlimmer geht's immer. Wobei: Auch in der Schweiz wurde eine Ausgangssperre verordnet. Der Kanton Uri hatte ganz zu Beginn der Pandemie den über 65-Jährigen verboten, ihre Wohnung zu verlassen. Im Hinblick auf die Alterskategorien bei den Hospitalisierungs- und Todesfällen war das zwar unbestritten eine gezielte Massnahme, aber eine einer freihetlichen Gesellschaft nicht würdige. Die Urner Regierung wurde vom Bundesrat zurückgepfiffen, die Massnahme nach zwei Tagen wieder aufgehoben.

■ **Die Durchseuchung:** Allein der Begriff ist eine Provokation, der Mann, der ihn in der Schweiz erstmals im Zusammenhang mit Covid-19 benutzt hatte, ebenfalls. Der Ökonom Reiner Eichenberger schlug im März 2020 vor, dass sich die Bevölkerung gestaffelt und kontrolliert anstecken und somit immunisieren lassen soll. Genesene sollen von allen Massnahmen befreit und für die Wirtschaft wieder voll einsatzfähig sein. Eichenberger griff mit seinem «Corona-Freipass» dem Covid-Zertifikat um gut anderthalb Jahre vor. Allein deswegen lohnt es sich, mit dem heutigen Wissen auf seine damaligen Thesen zu blicken. Die Durchseuchung blieb eine umstrittene Theorie, während sie etwa in Primarschulen längst Realität ist. Mit Omikron ist der Begriff nun wieder zurück in der öffentlichen Debatte. Bis jetzt will niemand in der Schweiz die politische Verantwortung übernehmen. Eichenberger wollte immerhin mit seiner Reputation für diese Massnahme bürgen.

■ **Die Impfpflicht:** Bis zur Abstimmung über das Covid-Zertifikat kein Thema, dann plötzlich überschlugen sich die Forderungen von Politikern, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen. Einer der ersten war der Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina. Eine Impfpflicht sei besser als ein Lockdown und verhältnismässig, sagte er. Als im Frühjahr der Luzerner Regierungsrat Guido Graf einen Impfwang für abgewiesene Asylbewerber forderte, damit diese in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden können, gab es Kritik von der Linken. Amnesty International, wo Molina nach eigenen Angaben ebenfalls Mitglied ist, warnte vor den Zwangsmassnahmen. «Die Verabreichung eines Impfstoffs mit physischer Gewalt ist eindeutig rechtswidrig», hiess es seitens der Menschenrechtsorganisation. Nun ist eine Impfpflicht nicht das Gleiche wie ein Impfwang. Aber was in dieser Krise noch nicht war, kann ja noch kommen. Oder wie es Fabian Molina sagte: «Die Pandemie aber hat vieles denkbar gemacht, was zuvor undenkbar war.»

Eine journalistische Bankrotterklärung

Kommentar auf Seite 19

stehen kann. Der Satz war unglücklich. Er war überflüssig. An meiner Aussage ist ja nichts Geheimen dran. Doch auf die Tatsache, dass unsere Publikationen nicht auf billigen Empörungsjournalismus setzen, sondern faktenorientiert und sachlich über die Notwendigkeit verschiedener Massnahmen schreiben, bin ich stolz. In einer Pandemie, die Millionen von Menschen das Leben gekostet hat, in einer medizinischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise, haben die Medien eine übergeordnete Verantwortung.

Machen wir ein Gedankenexperiment. Ein Medienkonzern unterstützt die Bemühungen um die Bewältigung der Klimakrise. Dann erscheint eine Studie, in der steht, dass die Investitionen in grüne Energie zu massiv höheren Heiz-, Miet- und Fahrkosten führen und Menschen in die Armut trieben. Sollen die Redaktionen diese Fakten nun schönschreiben?